

**Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener e.V.**

Geschäftsstelle: Vorbergstr. 9a

10823 Berlin

[www.die-bpe.de](http://www.die-bpe.de)

[die-bpe@berlin.de](mailto:die-bpe@berlin.de)

Sehr geehrte Frau Wehinger,

wir haben auf unsere E-Mail vom 1.11.2023 auch nach fast 6 Monaten noch keine Antwort bekommen, auch nicht auf unsere Erinnerungen vom 26.1.2024 , 9.2.2024 und 10.4. 2024.

Wir möchten ein weiteres mal darauf hinweisen, dass für die **UN** durch das **Hochkommissariat für Menschenrechte** gemeinsam mit der **Weltgesundheitsorganisation WHO** maßgebliche Vorgaben für die Abschaffung der Zwangspsychiatrie veröffentlicht wurden, siehe: <https://www.who.int/publications/i/item/9789240080737> . Dieser Paradigmenwechsel wurde von uns ins Deutsche übersetzt und hier veröffentlicht: <http://www.die-bpe.de/who&un.pdf>

Durch die WHO ist nun markiert, dass es nicht nur menschenrechtlich, sondern auch **medizinisch überhaupt keine Rechtfertigung** für psychiatrische Zwangsmaßnahmen mehr gibt. Des weiteren möchten wir Sie auf dieses inzwischen hier im Internet veröffentlichte *Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages* hinweisen: *Ambulante Behandlungsweisungen in der psychiatrischen Versorgung* <https://www.bundestag.de/resource/blob/997726/2424d28abb170e9e7fc6480454abb1b4/WD-9-092-23-pdf.pdf>. In diesem Gutachten wird u.a. sowohl darauf hingewiesen, dass der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg ambulante Behandlungsweisungen für rechtswidrig hält, aber insbesondere verweist dieser wissenschaftliche Dienst des Bundesgesetzgebers ebenfalls auf die oben erwähnten Vorgaben hin, Zitat: *Insbesondere Zwangseinweisungen und Zwangsbehandlungen sollten verboten werden*. Sie sollten dieses Gutachten unbedingt lesen, falls es Ihnen noch nicht bekannt sein sollte.

Inzwischen ist auch diese Stellungnahme der *Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie* im Internet veröffentlicht, die diese dem

Bundesverfassungsgericht eingereicht hat und in der es ebenfalls um das Unrecht ambulanter Zwangsbehandlung geht: [https://www.dgsp-ev.de/images/Stellungnahmen/2024/DGSP\\_Fragen%20des%20BVerfG.pdf](https://www.dgsp-ev.de/images/Stellungnahmen/2024/DGSP_Fragen%20des%20BVerfG.pdf)  
Ganz aktuell wurde von den Psychiatern *Martin Zinkler, Stefan Weinmann, Sebastian von Peter und Volkmar Aderhold* in der *Recht & Psychiatrie 2/2024* dieser Artikel veröffentlicht: *Ambulante Behandlungsweisungen – kritische Erörterung der Wirksamkeit und rechtliche Einordnung im Hinblick auf eine menschenrechtskonforme Reform der Versorgungsstrukturen* <https://psychiatrie-verlag.de/product/zinkler-weinmann-von-peter-aderhold-ambulante-behandlungsweisungen-vorabartikel-aus-rp-2-2024/>

Bitte lesen Sie auch diese beiden Texte, sie sind nur einen Klick weit entfernt.

Wir haben inzwischen einen Teppich von Beweisen ausgebreitet, dass das Ansinnen ambulante Zwangsbehandlung in Baden-Württemberg mit einer gesetzlichen "Behandlungsweisung" zu versuchen zu legalisieren, eine menschenrechtliche Geisterfahrt ist.

Oder wollen die Baden Württembergischen Grünen etwa auf Teufel komm raus demonstrieren, dass Menschenrechte ihnen am Arsch vorbei gehen?

Da Sie bisher auf keine unserer 4mals vorgetragenen Bitten, uns zu antworten, reagiert haben, können wir nur vermuten, dass in Baden Württemberg die Planungen für ambulante Zwangsbehandlung von Ihnen bzw. den Grünen Landtagsabgeordneten weiter verfolgt werden, also auch mit einem Gesetzentwurf zu rechnen ist, der weder mit den Menschenrechten vereinbar noch medizinisch zu rechtfertigen ist. Wir möchten Sie abschließend bitten, die offenbar noch in der Schwebelage befindlichen Überlegungen über eine gesetzliche Regelung ambulanter Zwangsbehandlung in Baden-Württemberg ganz auf zu geben und uns diese Entscheidung mit zu teilen. Da kein Gesetzentwurf öffentlich geworden ist, kann das noch geräuschlos und gesichtswahrend geschehen. Allerdings werden wir nur noch bis zum 14.5. auf eine Antwort von Ihnen warten und würden uns ansonsten dann an die Öffentlichkeit wenden.

Falls Sie sich weiter informieren wollen, weisen wir nochmal auf diese

Website hin:

- 1.9.2023: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2023/09/aufruf-zum-tagungsbesuch-in-zwiefalten/>
- 30.9.2023: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2023/09/warum-wir-nein-sagen/>
- 26.10.2023: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2023/10/demonstration-in-zwiefalten/>
- 26.10.2023: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2023/10/typisch-psychiatrisch-zwischenfall-bei-der-tagung/>
- 3.11.2023: <https://bpe-online.de/stellungnahme-und-faktencheck-zur-ambulanten-zwangsbehandlung-in-baden-wuerttemberg/>
- 15.11.2023: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2023/11/therapeutische-staat-will-sich-weiter-ausbreiten-2/>
- 23.11.2023: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2023/11/offener-brief-an-dunja-mijatovic/>
- 29.11.2023: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2023/11/dgppn-bilder-der-demo-nov-2023/>
- 6.12.2023: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2023/12/un-und-bgh-bestaetigen-unseren-standpunkt/>
- 10.1.2024: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2024/01/dgsp-weitert-den-blick/>
- 25.2..2024: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2024/02/ambulante-zwangsbehandlung-nein/>
- Januar 2024: <https://psychiatrie-verlag.de/product/editorial-inhaltsverzeichnis-rp-1-2024/>

Mit freundlichen Grüßen

rene talbot   Uwe Pankow   Helmut Petri  
(Der Vorstand von [die-BPE](#))

Kopie an den [Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener](#), MdB [Dr. Kirstin Kappert-Gonther](#) - Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Bundestages